



Foto: HafenCity Hamburg | IBA Hamburg / Bente Stachowske

Nebahat Güclü

First Chairwoman of the Turkish Community
Hamburg

Open City

Hamburg ist eine multikulturelle und multireligiöse Stadt. In der Hansestadt leben fast 30 Prozent Personen mit Migrationshintergrund. Betrachtet man die Gruppe der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren, sind es schon über 50 Prozent - Tendenz steigend. In einigen Stadtteilen wie z.B. Veddel, Billstedt und Mümmelmannsberg sind sie bereits die Mehrheit und keine Minderheit mehr. Es geht hier also nicht um eine Minderheitenpolitik, sondern um die Versorgung einer großen und wachsenden Gruppe von Menschen, die bisher nicht ausreichend Zugang zu wesentlichen gesellschaftlichen Bereichen hat wie Bildung, Arbeit, Wohnen, Gesundheit, u.v.a.m.

Als Vorsitzende der Türkischen Gemeinde Hamburg konzentriert sich mein Blick auf die Frage, ob die Stadt tatsächlich allen – und vor allem allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen – offensteht. Dazu meine Thesen:

These 1: Kulturelle Vielfalt ist in Deutschland Realität und Alltag und das nicht erst seit dem Bekenntnis ein Einwanderungsland zu sein im Jahr 2005. Trotzdem verfolgt die Bundesrepublik keinen konsequenten Diversitäts-Ansatz.

These 2: Eine stetig wachsende Bevölkerungsgruppe hat noch immer strukturell nur schwer und nicht ausreichenden Zugang zu wichtigen gesellschaftlichen Bereichen wie Bildung, Gesundheitsversorgung, Wohnen, dem Arbeitsmarkt, politischer Partizipation etc. Daher kann durchaus von struktureller Diskriminierung in diesem Kontext gesprochen werden.

These 3: Integrationspolitik ist an Defiziten orientiert und nicht an Potentialen. Dabei ist Integration auch immer das Hinterfragen der Zugangsbedingungen und der realen Teilhabechancen. Analog zur Behindertenpolitik und dem Konzept der Inklusion im Rahmen der Behindertenrechtskonvention.

These 4: Integrationspolitik muss als Partizipationspolitik verstanden werden. Denn es geht um Teilhabegerechtigkeit und um Abbau von Barrieren und Zugangshürden.

These 5: Die praktische Gestaltung der Diversität erfordert ausdifferenzierte Konzepte und Maßnahmen unter Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund. Sie sollten nicht nur auf die Rolle des „Klient“ reduziert, sondern als Akteure und Gestalter beteiligt werden.

Schlaglichtartig seien an dieser Stelle ein paar Aspekte erwähnt, die bei der Frage wie Menschen mit Migrationshintergrund besser an Entscheidungsprozesse beteiligt werden können, von Bedeutung sind:

- Beteiligung von Einwandererkulturen bei der konzeptionellen Entwicklung von Projekten und Vorhaben z.B. durch gezielte (mehrsprachige) Ansprachen und Gewinnung von Multiplikatoren aus den Communities als Lotsen und Brückenbauende.
- Gremien- und Stadtteilarbeit nicht nur ausrichten an der „weißen, deutschen, christlichen Mittelschicht“, sondern auch neue, niedrigschwellige Arbeitsformate ermöglichen.

- Schaffung von Orten der Begegnung aller Menschen (Stadtteilzentren, niedrigschwellige Orte in sozialen Brennpunkten)
- Moscheebau u.a. Bauvorhaben, die den Bedürfnissen der verschiedenen Einwandererkulturen entsprechen, ermöglichen, trotz Protest von Anwohnern und anderen Interessen.
- Die Eingewanderten von gestern sind die Alten und Pflegebedürftigen von heute und brauchen eine kultursensible Betreuung und Pflege. Seniorentreffs und andere Angebote sollten für diese Zielgruppe offenstehen (Prozesse der Interkulturellen Öffnung) und kultursensibel arbeiten z.B. das Vorhandensein von Gebetsräumen, Orte für rituelle Waschungen (Muslime), koscheres Essen, etc.
- Beschäftigung von mehrsprachigem Fachpersonal und Schulung des bestehenden Personals zum Umgang mit Vielfalt und Diversität.
- Auch das „Sterben im Einwanderungsland“, also Beerdigungen, müssen nach den Riten aller Religionen und nach allen Traditionen in Deutschland möglich sein (Waschungen, Gebetsräume, etc.) d.h. bereits bei konzeptionellen Überlegungen und Bauvorhaben sie mitgedacht werden
- Interkulturelle Öffnung ist auch eine Haltungsfrage und letztendlich eine Demokratief Frage.

*Vortrag von Nebahat Güclü auf der internationalen Konferenz
»Stadt neu bauen« am 21. Juni 2013 in Hamburg.*